

Kleine Anfrage

Flyer zum Referendum gegen die betriebliche Personalvorsorge des Staates

Frage von Landtagsabgeordneter Wendelin Lampert

Antwort von Regierungschef Daniel Risch

Frage vom 02. Oktober 2024

Zum Flyer betreffend die Unterschriftensammlung für das Referendum gegen das Gesetz über die betriebliche Personalvorsorge des Staates ergeben sich die folgenden Fragen:

- * Wer hat in der Vergangenheit die Entscheidungen beschlossen, welche zu den heutigen Problemen in der SPL führten?
- * Die Umverteilung von den Aktivversicherten zu den Pensionisten betrug seit dem Jahr 2014 mehr als CHF 100 Mio. Diese Umverteilung ist somit grösser als das Darlehen von CHF 93.5 Mio. Ist es aus Sicht der Regierung gerecht, dass die Aktivversicherten für die Versprechungen der Politik bezahlen mussten?
- * Wie hoch ist der durchschnittliche Umwandlungssatz der Pensionskassen in Liechtenstein im Beitragsprimat und wie hoch ist der Umwandlungssatz im gleichen Jahr in der SPL?
- * Welche Pensionskasse hatte im Jahr 2023 den tiefsten Deckungsgrad in Liechtenstein?
- * Hat es in Liechtenstein seit dem Jahr 2014 ebenfalls eine Pensionskasse wie die SPL gegeben, welche von den Aktivversicherten einen Solidaritätsbeitrag von fast CHF 19 Mio. eingefordert hat?

Antwort vom 04. Oktober 2024

zu Frage 1:

Der Landtag hat das SBPVG beschlossen, das gemeinsam mit BPVG und BPVV den Rahmen für Entscheidungen des Stiftungsrats der SPL vorgibt. Im SBPVG waren neben den Solidaritätsbeiträgen ein Umwandlungssatz von 5.425% sowie Einmaleinlagen vorgesehen, die die maximale Rentenreduktion für Neurentner auf 10% begrenzen sollten. Aufgrund der Tatsache, dass ein Teil der Ausfinanzierung 2014 als Darlehen erfolgt ist, befand sich die SPL über viele Jahre in Unterdeckung, weshalb der Stiftungsrat im geltenden Rahmen zur finanziellen Stabilisierung der Kasse Minderverzinsungen beschliessen musste. Gemeinsam mit den zwischenzeitlich notwendig gewordenen weiteren Senkungen des Umwandlungssatzes im Zuge der Niedrigzinsphase ohne entsprechende Ausgleichsmassnahmen der Arbeitgeber kam es zusätzlich zu unerwünschten Umverteilungen in Höhe von ca. 100 Mio. CHF sowie zu weiteren Rentenkürzungen von ca. 20% für Neurentner. Zusammengefasst: Die Ausfinanzierung der Kasse im Zuge der Einführung des SBPVG war nicht ausreichend, um die damaligen Versprechen des Landtags einlösen zu können.

zu Frage 2:

Nein, ist es nicht. Deshalb hat die Regierung auch frühzeitig den Landtag mit einem Massnahmenpaket begrüsst, welches nach einem Richtungsentscheid des Landtags wiederum mit einigen Ergänzungen und Anpassungen zur Beschlussfassung vorgelegt wurde. Die Regierung bzw. das Land stehen hier als Arbeitgeber in der Pflicht gegenüber ihren Arbeitnehmern. Dies hat der Landtag grossmehrheitlich ebenso gesehen und den vorgeschlagenen Gesetzesänderungen zugestimmt.

zu Frage 3:

Der durchschnittliche Rentenumwandlungssatz der Pensionskassen in Liechtenstein im Beitragsprimat liegt per Ende 2023 auf 5.7%. Bei der SPL liegt der Rentenumwandlungssatz per Ende 2023 bei 4.95%

zu Frage 4:

Die Pensionskasse mit dem tiefsten Deckungsgrad per Ende 2023 ist die SPL.

zu Frage 5:

Nein.